

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 16.01. – 20.01.2012



## Inhalt

1. **Kein guter Start ins neue Jahr für Schwarz-Gelb: Erklärungsnoté und Vetternwirtschaft**
2. **Antibiotika-Hähnchen**
3. **CDU/CSU und FDP legen einen Entwurf für ein Patientenrechtegesetz vor**
4. **Verkehrssicherheit weiter verbessern**



## Kein guter Start ins neue Jahr für Schwarz-Gelb

### Wulffs Erklärungsnoté

Bereits Ende 2011 war klar, dass der Fall Wulff auch eine Causa Merkel ist und uns ins neue Jahr begleiten würde. Bis heute sind die Umstände des Privatkredits von Christian Wulff als niedersächsischer Ministerpräsident nicht restlos aufgeklärt und neue Details zu Wulffs Hang zum großen Geld und Glamour werden täglich bekannt. Hinzu kommen die Medienaffäre und der sehr fragwürdige Umgang mit Wahrheit und Klarheit. Dies alles belastet die Glaubwürdigkeit unseres Staatsoberhauptes und schadet allgemein dem Ansehen von Politikerinnen und Politikern.

Weil das Amt des Bundespräsidenten keine exekutive Macht hat, ist gerade die Vorbildfunktion und Autorität des Staatsoberhauptes wichtig. Wir fragen uns, ob Christian Wulff diese moralische Instanz noch sein kann. Wie will er zukünftig beispielsweise in autoritären Staaten für das Modell der Demokratie und der Pressefreiheit werben? Wie will er in Deutschland für mehr Moral und Glaubwürdigkeit werben?

Ein neuer Höhepunkt der Affäre um das „System Wulff“ ist die Razzia am vergangenen Donnerstag in den Privaträumen seines früheren Sprechers Olaf Glaeseker, gegen den wegen Bestechlichkeit ermittelt wird. Die Fahnder werfen ihm vor, aus der Staatskanzlei heraus, die Veranstaltungsreihe Nord-Süd-Dialog gefördert und dafür kostenlose Urlaube in Feriendomizilen verbracht zu haben.

Am heutigen Freitag machte die Münchner "Abendzeitung" einen weiteren Fall bekannt. Der Marmeladen-Konzern Zentis soll Wulff einen Ausflug zum Deutschen Filmball 2010 nach München samt Übernachtung im Bayerischen Hof gesponsert haben. Wieder ein Mosaikstein im „System Wulff“. Wir sind gespannt, was die nächste Woche bringt.

## Niels Vetterwirtschaft

Zur Erinnerung: Nielb ist der FDP-Mann, der das Entwicklungsministerium abschaffen wollte. Dann wurde er Minister und fällt seit dieser Zeit einzig damit auf, dass er das Ministerium aufbläht und FDP-nahe, fachfremde Leute auf Versorgungsposten hievt. Er hat seinem Ministerium eine Neuorganisation verordnet, in deren Verlauf etwa 200 neue Stellen geschaffen werden sollen.

Bereits 2010 machte Nielb den einstigen Sicherheitsberater der FDP-Fraktion, Friedel Eggelmeyer, zum Abteilungsleiter. Mitte Dezember verkündete Nielb, dass er der McKinsey-Beraterin Uta Böllhoff (natürlich FDP) die eigens neu eingerichtete Abteilung „Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik“ übertragen wolle. Aktuell besetzt Nielb gerade wieder einen Spitzenposten mit der ehemaligen Oberbürgermeisterin von Ettlingen, Gabriela Büsse-maker (natürlich FDP).

Offensichtlich nutzt Nielb das Entwicklungsministerium als Job-Center für ausgemusterte FDPler. Wir stehen einer solchen Vorgehensweise äußerst kritisch gegenüber. Niels Verhalten sorgt sowohl innerhalb der Koalition als auch beim Personalrat des Ministeriums für erheblichen Ärger. „2012 ist nicht der richtige Zeitpunkt, um neue Häuptlinge zu krönen“, heißt es im Halbjahresbericht des Personalrates. Der zudem befürchtet, dass Nielb sich im Ministerium eine Wahlkampftruppe zusammen bastelt.

Nachdem wir das Thema bereits bei den Haushaltsberatungen thematisierten, **werden wir die unglaublichen Vorgänge erneut in der nächsten Sitzungswoche ins Plenum bringen.**

## Antibiotika-Hähnchen

Wir alle möchten „gute“ Lebensmittel für uns und unsere Familie. Das gilt ganz besonders für Fleisch. Seit einigen Wochen wird unser Vertrauen besonders bei Hähnchenfleisch allerdings auf eine harte Probe gestellt.

**Die Tiere werden massiv mit Antibiotika vollgepumpt und das hat auch Folgen für den Menschen. Unsere Forderung daher: Senkung des Antibiotika-Einsatzes in der Nutztierhaltung und mehr Transparenz!**



In der vergangenen Woche hatte der BUND eine Stichprobe zu Antibiotika-resistenten Krankheitskeimen in Hähnchenfleisch veröffentlicht. Das Ergebnis: jede zweite Probe war mit Antibiotika-resistenten Keimen belastet! Dass das Resultat -besonders was Fleisch aus Geflügelmastbetrieben angeht- nicht gerade positiv ausfallen würde, war klar. Die SPD hatte daher bereits im Dezember einen umfassenden Antrag mit dem Titel „Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung senken und eine wirksame Reduktionsstrategie umsetzen“ eingebracht. Darin fordern wir konkrete und eindeutige Zielvorgaben, um den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung zu reduzieren und für mehr Transparenz für die Verbraucher zu sorgen. Wir fordern darüber hinaus ein zweistufiges Sanierungsprogramm für tierhaltende Betriebe. Leider verschleppt „Verbraucherschutzministerin“ Aigner diese wichtigen Entscheidungen und läuft damit Gefahr, sowohl Tiere als auch Verbraucher zu schädigen.

## CDU/CSU und FDP legen einen Entwurf für ein Patientenrechtegesetz vor

In dieser Sitzungswoche haben wir uns in der Gesundheitspolitik mit zwei Themen beschäftigt, die in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden.

**Zum einen** mit gesundheitsgefährdenden Brustimplantaten aus Frankreich, die „auslaufen“ und möglicherweise Krebserkrankungen verursachen. Hier gab es viele Schlagzeilen, die auch für Verwirrung gesorgt haben. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass den betroffenen Frauen geholfen werden muss. Die Krankenkassen müssen schnell und unbürokratisch die jeweiligen Behandlungen ermöglichen. Das bedeutet aus unserer Sicht auch, dass eine Entfernung der Implantate von der jeweiligen Krankenkasse im Regelfall finanziell getragen werden muss. Aber eins sollte auch klar sein: Wenn sich eine 18-Jährige nur aus ästhetischen Gründen die Brüste mit Silikonkissen vergrößern lässt, kann es nicht sein, dass die Solidargemeinschaft dies finanziert!



**Zum anderen** hat FDP-Gesundheitsminister Bahr dem Parlament in dieser Woche einen Gesetzentwurf für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt. Für uns ist das Papier eine klassische FDP-Mogelpackung – und wir haben auch nichts anderes erwartet! Der vorgelegte Gesetzentwurf wird in Wahrheit nicht wirklich viel ändern.

Es wird lediglich die höchstrichterliche Rechtsprechung in Gesetzesform gebracht. Was wir aber brauchen, ist eine tatsächliche Stärkung der Rechte der Patientinnen und Patienten gegenüber Ärzten und Kliniken. Wir wollen beispielsweise eine Beweislastleichterung für alle, die einen Behandlungsfehler erlitten haben.

**Wir Sozialdemokraten werden einen Entschließungsantrag einbringen. Wir werden unter anderem für einen Patientenbrief nach der OP eintreten. Damit kann der Arzt seinen Patienten über den durchgeführten Eingriff informieren. Dies muss dann in auch für Laien verständlicher Weise geschrieben sein.**



**Für uns bleibt klar:** Wir wollen eine Gesundheitspolitik, die sich an den Patientinnen und Patienten orientiert. Die SPD wird in den weiteren Beratungen im Ausschuss und im Parlament für ein besseres Patientenrechtegesetz eintreten, weil insbesondere wir nordhessischen Abgeordneten uns immer für eine sachorientierte, konstruktive Politik einsetzen. Auch hier gilt das Struck'sche Gesetz: „Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es eingebracht worden ist.“ Das ist gut für alle Patientinnen und Patienten.

## Verkehrssicherheit weiter verbessern

Mit verschiedensten Maßnahmen wollen wir die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 halbieren. Auch die Zahl der Schwerst- und Schwerverletzten muss verringert werden. Ein Tempolimit von 130 Stundenkilometer für leichte Nutzfahrzeuge muss ebenso geprüft werden, wie die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfänger nach dem Vorbild Frankreichs. Weiterhin halten wir eine Fahrradhelmpflicht für Kinder, eine intensive Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen sowie eine modernere Fahrlehrausbildung für sinnvoll. Außerdem wollen wir prüfen, ob die Begleitphase nach der Führerscheinprüfung ausgedehnt werden muss. Für ältere Menschen und Menschen mit Handicap verlangen wir ein lückenlos hindernisfreies und altengerechtes Wegenetz in Ortschaften mit abgesenkten Bordsteinen und durchgehendem Leit- und Orientierungssystem sowie längeren Ampelschaltungen für Fußgänger.



Unseren Antrag findet Ihr hier: [17/5772 - Antrag SPD: Sicher durch den Straßenverkehr – Für eine ambitionierte Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland](#) (PDF)

***Wir gratulieren dem neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments, unserem Genossen Martin Schulz, und wünschen ihm für seine Amtszeit alles Gute und viel Erfolg, auch in schwierigen Zeiten!***

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia